

Information zum Datenschutz für Vereinsmitglieder

Nachstehend informieren wir Sie als Vereinsmitglied hinsichtlich der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, welche im Zusammenhang mit Ihrem Eintritt in den Verein stehen sowie die Ihnen nach der DSGVO zustehenden Rechte.

I. Verantwortlicher für die Datenerhebung & Datenschutzbeauftragter

Verantwortliche Stelle ist die Aids-Hilfe Konstanz e.V., gesetzlich vertreten durch den Vorstand. Sie erreichen die verantwortliche Stelle postalisch unter der Adresse Münzgasse 29, 78462 Konstanz, telefonisch unter +49 7531 21113 sowie per E-Mail unter datenschutz@aidshilfe-konstanz.de.

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter Steuerberater und Rechtsanwaltskanzlei reichert & reichert, Max-Porzig-Straße 1, 78224 Singen oder per E-Mail unter dsb@reichert-reichert.de.

II. Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze zur Verarbeitung personenbezogener Daten und dem Datenschutz.

1. Datenkategorien

Im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft erheben wir nachfolgende Datenkategorien:

Stammdaten (Vor- u. Nachname), Adressdaten (Anschrift), Kommunikationsdaten (E-Mail-Adresse, Mobilfunknummer), Geburtsdaten (Geburtsdatum, Geburtsort), Vertragsdaten (Aufnahmeantrag, Mitgliedernummer, Beitrittsdatum, Beitragshöhe), Bankdaten (Bankverbindung, IBAN).

2. Zwecke

Der Zweck der Verarbeitung liegt in der eindeutigen Identifizierung von Mitgliedern, der Verfolgung der Vereinsziele, der Mitgliederbetreuung sowie der Mitgliederverwaltung. Weiter liegt der Zweck der Verarbeitung in der Wahrnehmung von Mitgliederrechten, der Erhebung von Beiträgen und der Beitragsverwaltung, der Erlangung von Zuwendungen zur Verwirklichung des Vereinszwecks, betrifft den Versand von Einladungen oder Einberufungen sowie sonstigen Drucksachen per E-Mail oder per Post und umfasst schließlich die Veranstaltungsplanung, Veranstaltungsdurchführung und die Erstellung von Teilnehmerlisten.

3. Rechtsgrundlage

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b DSGVO für die Begründung und die Durchführung des zwischen Mitglied und Verein bestehenden Vertragsverhältnisses, dessen Inhalt im Wesentlichen durch die Vereinssatzung vorgegeben ist, zur Erreichung der Satzungsziele sowie für Spendenaufrufe und für Öffentlichkeitsarbeit, zur Erreichung der Vereinsziele, die entsprechende Rechtsgrundlage.

Als weitere Rechtsgrundlagen kommen Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO, soweit Sie uns Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, in Betracht sowie Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f DSGVO zur Wahrung unserer berechtigten Interessen und Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c DSGVO für Fälle, in welchen die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Vereins erforderlich ist.

Berechtigtes Interesse: Soweit es zur Ausübung satzungsmäßiger Rechte notwendig ist (z.B. für die Einberufung außerordentlicher Mitgliederversammlungen), dass eine festgelegte Mindestzahl von Mitgliedern einen Antrag unterstützt, besteht ein berechtigtes Interesse der Mitglieder in die Einsicht von Mitgliederlisten, um eine ausreichende Anzahl anderer Mitglieder für die Unterstützung eines solchen Antrags zu erreichen.

Falls und soweit es für die Erreichung des Vereinszwecks erforderlich ist, erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten von Vereinsmitgliedern (z.B. bei Eintritten, Austritten und / oder Erreichbarkeitsdaten von Funktionsträgern) in Vereinspublikationen zur Wahrung berechtigter Interessen des Vereins. Weitergehende Daten von Funktionsträgern werden nur mit ausdrücklicher Genehmigung veröffentlicht.

4. Empfängerkategorien

Innerhalb unseres Vereins erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen, satzungsmäßigen oder gesetzlichen Pflichten benötigen (z.B. Übermittlung des Aufnahmeantrags an die Mitgliederversammlung, nach vorheriger Ablehnung durch den Vorstand).

Ihre personenbezogenen Daten können von uns an Dritte (z. B. an Kreditinstitute zur Zahlungsabwicklung, Postdienste für die Brief- und Ware Zustellung oder öffentliche Stellen und Institutionen wie etwa Förderstellen, Dachverbände, Finanzbehörden, Versicherungsträger) übermittelt werden, sofern Sie vorher in die Übermittlung eingewilligt haben, wir gesetzlich oder vertraglich hierzu verpflichtet sind oder eine gesetzliche Übermittlungsbefugnis hierzu besteht.

Mitteilungen und Auskünfte gehören zur normalen Öffentlichkeitsarbeit eines Vereins. Personenbezogene Daten werden in diesem Rahmen nur dann an Pressestellen zur Veröffentlichung übermittelt, wenn es sich um einen Bericht über eine sowieso öffentliche Veranstaltung handelt und schutzwürdige Interessen der Mitglieder dem nicht entgegenstehen.

Verlangt das Land Baden-Württemberg, der Landkreis Konstanz oder andere öffentliche Zuschussgeber im Rahmen der Nachweisführung der ordnungsgemäßen Verwendung von Zuwendungen die Vorlage von Listen mit Namen der Betroffenen, so übermitteln wir die entsprechend notwendigen Daten.

5. Drittlandübermittlung

Eine Übermittlung Ihrer Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes findet nicht statt.

6. Pflicht zur Bereitstellung

Wir erheben grundsätzlich nur die Daten, die gesetzlich, satzungsmäßig oder vertraglich vorgeschrieben oder zum Vertragsabschluss, vorvertraglich zu dessen Vorbereitung oder dessen anschließender Durchführung erforderlich sind. Ohne diese Daten werden wir regelmäßig nicht in der Lage sein, die Mitgliedschaft in unserem Verein zu begründen, durchzuführen und aufrecht zu erhalten. Soweit nicht gesetzlich, satzungsgemäß oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich, sind Sie nicht verpflichtet, uns personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen. Es sind keine negativen Konsequenzen mit der Nichtbereitstellung freiwilliger Daten verbunden. Allerdings kann die Nichtbereitstellung im Einzelfall zum Beispiel die Kommunikation mit Ihnen als Mitglied erschweren bzw. verzögern.

7. Speicherdauer

Ihre Daten werden unverzüglich nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft in unserem Verein gelöscht, soweit rechtliche Verpflichtungen der Löschung nicht entgegenstehen. In diesen Fällen werden Ihre personenbezogenen Daten nach Entfallen der rechtlichen Verpflichtung sowie nach Ablauf etwaiger daraus resultierender Anspruchsfristen gelöscht.

Die für die Mitgliederverwaltung notwendige Daten werden nach Ablauf von drei Jahren ab dem Schluss des Jahres, in dem die Vereinsmitgliedschaft beendet wurde, gelöscht.

Die für die Beitragsverwaltung wesentlichen Daten werden aufgrund gesetzlicher sowie steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten erst zehn Jahre nach Schluss des Jahres der letzten Beitragsabrechnung gelöscht.

III. Ihre Betroffenenrechte

Sie haben uns gegenüber unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und im jeweiligen gesetzlichen Umfang das **Recht auf Auskunft** über Sie betreffende personenbezogene Daten (Art. 15 DSGVO) sowie auf **Berichtigung** (Art. 16 DSGVO) oder **Löschung** (Art. 17 DSGVO) oder auf **Einschränkung** der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie das Recht auf **Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO).

Ferner haben Sie das **Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen**, ohne dass dies die Rechtmäßigkeit der bisher erfolgten Verarbeitung berührt, Art. 7 Abs. 3 DSGVO. Wenn Sie die Einwilligung widerrufen, stellen wir die entsprechende Datenverarbeitung ein und löschen Ihre hierfür verarbeiteten Daten, soweit Sie nicht ausdrücklich in eine weitere Nutzung Ihrer Daten eingewilligt haben oder ein Rechtsgrund für die weitere Verarbeitung gegeben ist.

Verarbeiten wir Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, steht Ihnen das Recht zu, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung **Widerspruch einzulegen**, Art. 21 DSGVO.

Letztlich steht Ihnen auch das Recht zur **Beschwerde** bei der Datenschutzaufsicht gem. Art. 77 DSGVO zu. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat, in dem Sie sich aufhalten, oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. In Baden-Württemberg ist die zuständige Aufsichtsbehörde der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Stuttgart.